

DSTG magazin 12

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Dezember 2003
52. Jahrgang



Die Bundesleitung im Gespräch mit der AG Finanzen der CDU/CSU-Bundesfraktion (v. l. n. r.):
Dr. Stephan Hesselmann, Andrea Fiekens (Referenten der AG Finanzen), MdB Georg Fahrenscho, DSTG-
Bundesgeschäftsführer Rafael Zender, MdB Elke Wülfing, DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek,
MdB Dr. Michael Meister, stellv. DSTG-Bundesvorsitzender Manfred Lehmann, MdB Heinz Seifert, MdB
Christian Freiherr v. Stetten, stellv. DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler und Joachim Rothe.

DSTG begrüßt Reformthesen zur Einkommensteuer
DSTG-Chef Dieter Ondracek zum dbb Vize gewählt
Overbeck bleibt bei Tarifpolitik am Ruder

dbb Seiten
17–48



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den Straßen weihnachtet es bereits. Die Dekorationen für das Fest hängen. Die Stimmung unter uns Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist aber alles andere als weihnachtlich. In den Ländern werden die Öffnungsklauseln brutal genutzt: Das Weihnachtsgeld wird abgesenkt, das Urlaubsgeld weitgehend gestrichen. Die Arbeitszeit für Beamte wird zum Teil massiv erhöht. Da kommt keine Freude auf. Die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist den Ministerpräsidenten offensichtlich gleichgültig. Wer die Beschäftigten in den Finanzämtern frustriert, schneidet sich selbst ins Fleisch. Diese Erkenntnis ist bei den Ministerpräsidenten offenbar noch nicht angekommen. Deshalb müssen wir in den Ländern unseren Protest fortsetzen und verstärken. Der Griff in die Taschen der Beamtinnen und Beamten verletzt einseitig deren Rechte. In diesem Fall darf sich keiner wundern, wenn die betroffenen Beamtinnen und Beamten darüber nachdenken, mit welcher Intensität sie ihre Pflichten noch erfüllen. Wenn die Chefs der Landesregierungen verkünden, dass sie eine einseitige Verschlechterung für die Beamten nicht wünschen und deshalb auch bei den Tarifbeschäftigten bestehende Tarifverträge ändern wollen, so wissen sie gleichwohl, dass sie im Tarifbereich nicht „per order de muffti“ agieren können. Es spricht auch nicht vom partnerschaftlichen Geist, wenn man uns im Tarifbereich androht, aus den bestehenden Tarifverträgen auszusteigen und die Nachwirkung zu unterlaufen. Die derart drohen müssen wissen, dass die Zeiten absoluter Herrscher vorbei sind. Die Konfrontation geht soweit, dass einige Ministerpräsidenten angekündigt haben, aus den bestehenden Tarifverträgen und Tarifverbänden auszuscheren und selbst Streiks in Kauf nehmen zu wollen. Wir halten dies für einen falschen Weg. Wir alle wissen, dass die Kassen leer sind. Wir Steuerleute wissen auch, warum

sie leer sind. Deswegen benennen wir stets die Probleme auf der Eingangsseite. Denn dort liegt der Schlüssel. Wenn sich die Einnahmen nicht verbessern, wird sich das Land kaputt sparen müssen. Davon hat niemand etwas. Es wird sich auch kein Ministerpräsident damit profilieren können, wenn es wegen falscher Entscheidungen weiter bergab geht. Die Wirtschaft kommt aber nicht in Schwung, wenn den Konsumenten nichts auf die Hand gegeben wird. Gerade beim Weihnachtsgeld war es stets so, dass der allergrößte Teil in den Konsum floss und somit wieder Steuereinnahmen entstanden. Auch im öffentlichen Dienst Beschäftigte sind Konsumenten und würden den Wirtschaftskreislauf stärken, wenn sie das nötige Kleingeld hätten. Wir erleben in diesen Tagen und Wochen auch, wie machtlos unsere Parlamentarier geworden sind. Die Ministerpräsidenten bestimmen und die Abgeordneten stehen stramm und stimmen ohne Wenn und Aber zu. Sie laufen mit dieser Haltung Gefahr, dass immer mehr Wähler fragen, wozu das alles? Brauchen wir so viele Parlamentarier? Brauchen wir so große Parlamente, wenn ihre Mitglieder doch nichts zu sagen haben? Es ist bezeichnend, wenn uns in diesen Tagen Mandatsträger mit mehr oder weniger ironischem Unterton erklären, sie seien keine Abgeordneten mehr, sondern Angeordnete. Dies ist ein trauriges Bild unserer Demokratie. Die Volksvertreter sind es, die stellvertretend für ihre Wählerinnen und Wähler Politik gestalten und nicht nur Vorschläge der Exekutive abnicken sollen. Im Dialog mit den Abgeordneten müssen wir deren Selbstbewusstsein wieder stärken und sie dazu drängen, ihren Wählerauftrag wieder selbstbewusst durchzusetzen. Trotz aller Ärgernisse hoffe ich mit Ihnen, dass Sie die Feiertage stress- und ärgerfrei erleben können, dass Sie in weihnachtlicher Stimmung die Ruhe und innere Besinnung finden, damit Sie unbeschwert und fröhlich Weihnachten feiern können. Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten und ein neues Jahr 2004, das auch wieder positive Perspektiven aufzeigt und Ihnen Glück, Erfolg und Gesundheit bringt.

Mit kollegialen Grüßen

*Jhr
Dieter Ondracek*

IMPRESSUM: Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-600, Telefax (030) 20 62 56-601, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender. Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-650, Telefax (030) 20 62 56-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Fotos: M. Darching, DSTG-Archiv, Fiegel. Anzeigenverwaltung DSTG magazin: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-650, Telefax (030) 20 62 56-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Anzeigenpreisliste Nr. 23 gültig ab 1. Januar 2002. Nachdruck honorarfrei gestattet. Gestaltung: Marian Neugebauer. Bezugsbedingungen: Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar. HERAUSGEBER DER dbb-SEITEN: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, S (030) 40 81-40, Telefax (030) 40 81-55 98. Internet: www.vvva.de. E-Mail: magazin@dbb.de. Chefredaktion: Dr. Walter Schmitz, Rüdiger von Woikowsky; Redaktion: Jan Brenner, Britta Müller, Siegfried Speichert, Dr. Frank Zitka; Redaktionssekretärin: Sabrina Bruns. Redaktionsschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Gestaltung: MarianNeugebauer. Fotos: dpa, Fiegel, MEV. Verlag: dbb Verlag GmbH. Verlagsort und Bestellschrift: Reinhardtstr. 29, 10117 Berlin, Telefon (030) 7 26 19 17-0, Postbank: Köln 2017 04-503. Versandort: Düsseldorf. Herstellung und Anzeigen: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vvva.de, E-Mail info@vvva.de. Anzeigenleitung: Ulrike Niggemann. Anzeigenverkauf: Panagiotis Chrissovergis, Tel. (02 11) 73 57-6 68, Anzeigenposition: Nadine Meier auf der Heide, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. Anzeigentarif Nr. 44 (dbb magazin). Druckauflage dbb magazin: 630.250 Exemplare (IVW 3/2002). Vertrieb: Heike Lohe, Tel. (02 11) 73 57-8 54, Telefax (02 11) 73 57-8 91. Anzeigenschluss: 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. ISSN 0178-207X

DSTG

| | |
|---|-------|
| DSTG begrüßt Reformthesen zur Einkommensteuer | 4–5 |
| DSTG-Chef Dieter Ondracek zum dbb Vize gewählt | 5 |
| Overbeck bleibt bei Tarifpolitik am Ruder | 6 |
| Protestdemo in Wiesbaden – „Nit gebabbelt – uffgerappelt“ | 6–7 |
| DSTG entwickelt Eckpunkte für Fortbildungskonzept | 7–8 |
| Träumerei über angeblich heile Welt an der Steuerfront | 8 |
| Geburtstagsempfang in Berlin | 10–12 |
| Neue Rentenbesteuerung mit erheblichen Mängeln | 12–14 |
| Leserstimme zu „Goethe im Finanzdienst“ | 14 |
| Tauschcke | 15 |

dbb

| | |
|---|-------|
| berufspolitik: | |
| dbb Chef eröffnet Politikkongress im dbb forum | 17 |
| Kongressmesse Moderner Staat 2003: Wie Staat gemacht werden könnte... | 18–19 |
| Beamtenversorgung: Vorleistungen anerkennen | 19 |
| Aktuell: | |
| Personalstatistik 2002 | 20 |
| Tarifpolitik: | |
| Gewerkschaftstag der dbb tarifunion: Kommunikation und Kontakt | 22–23 |
| Schlüsselwort Information | 24 |
| Politik aktuell: | |
| 2003 – Bilanz ohne Glanz | 25 |
| EU aktuell | 26–27 |
| Senioren im dbb | 30–31 |
| Nachgefragt | 32–33 |
| Jahresgutachten | 37 |
| Frauen im dbb | 38 |
| dbb-jugend | 39 |
| Report: | |
| 2003, das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen: Mittendrin ist außen vor | 40–43 |
| Interview: | |
| Bundesinnenminister Otto Schily | 46–47 |

DSTG begrüßt Reformthesen zur Einkommensteuer

Die DSTG-Bundesleitung traf sich mit den Finanzpolitikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem ausführlichen Meinungsaustausch in der Bundesgeschäftsstelle der DSTG in Berlin.

Unter Führung des finanzpolitischen Sprechers, Dr. Michael Meister, nahmen an dem Gespräch teil: MdB Georg Fahrnschön aus München, MdB Heinz Seiffert aus dem Wahlkreis Ulm, MdB Christian Freiherr von Stetten aus dem Wahlkreis Schwäbisch Hall Hohenlohe, MdB Elke Wülfing aus dem Wahlkreis Borken, NRW. Begleitet wurden die Abgeordneten von ihren Fraktionsmitarbeitern.

Für die DSTG nahmen am Gespräch teil der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek, die stellv. Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler, Manfred Lehmann und Joachim Rothe sowie Bundesgeschäftsführer Rafael Zender und Jörg Niederoth.

Ausführlich wurde über den Steuerreformvorschlag des stellv. CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz debattiert. Dabei machten die DSTG-Vertreter deutlich, dass sie im Grundsatz dem Merz-Paket zustimmen können. Ein für die DSTG wichtiger Punkt, nämlich der Arbeitnehmerpauschbetrag wurde nachgebessert. Die DSTG-Vertreter machten deutlich, es handle sich hier um keine steuerliche Fördermaßnahme, sondern um eine Arbeitsvereinfachung, die dazu dienen sollte, dass im Werbungskostenbereich die Finanzämter nicht mit „Kleinram“ behelligt werden. Dieser Punkt wurde vom Bundesvorstand der CDU nachträglich akzeptiert. Diese Nachbesserung wird von der DSTG ausdrücklich begrüßt.

Entfernungspauschale hat sich bewährt

Die DSTG sieht aber noch Probleme bei dem völligen Streichen der Entfernungspauschale. Hier sei zu bedenken, dass die Fahrt zur Arbeit in vielen Fällen zwingende Werbungskosten seien. Da aber in der Praxis nie nach dem Grund der Fahrt geforscht werden kann, kann nur im Schätzungswege Privatbereich und beruflicher Anlass getrennt werden. Dies sei mit der Entfernungspauschale gut gelungen. Das völlige Streichen der Entfernungspauschale würde im Ergebnis dazu führen, dass keinerlei Fahrtkosten zur Arbeitsstätte mehr abgezogen werden könnten. Sollte dies so kommen, werden sicherlich alle Einkommensteuerbescheide, bei denen dieses zum Tragen kommt, angefochten werden. Streitigkeiten bis hin zum Verfassungsgericht sind absehbar, denn nach Ansicht der DSTG-Vertreter müssten dort, wo die Fahrtkosten eindeutig wegen der beruflichen Tätigkeit entstehen, diese zwingend als Werbungskosten abgesetzt werden können.

Zweierlei Maß bei Spenden

Das Merz-Papier wird auch sicher im Bereich der Sonderausgaben zu Diskussionen führen. Im Merz-Vorschlag bleibt es beim Spendenabzug für anerkannte gemeinnützige Einrichtungen einschließlich der politischen Parteien. Der große Block der Spenden an Sportvereine entfällt. Hier sind Debatten absehbar. Wenn dann auch noch die Steuerfreiheit für Zahlungen an Übungsleiter aufgehoben wird, werden die Sportfreunde massiv getroffen. Ausdrücklich begrüßten die DSTG-Vertreter

das Anheben der Grundfreibeträge und die Übertragbarkeit der Grundfreibeträge für die Kinder auf die Eltern als konsequent und sachgerecht. Die Beibehaltung des Splitting-Verfahrens und die Ausweitung auf die Kinder ist konsequent.

Nachbesteuerung bei Zinsen ist gerecht

Der Ansatz für eine einheitliche Besteuerung der Kapitaleinkünfte wird von der DSTG begrüßt. Die DSTG ist aus Gerechtigkeitsgründen gegen eine definitive Abgeltungssteuer und sieht die im Merz-Papier vorgesehene Regelung eines Quellensteuerabzugs von 24 Prozent und eine ergänzende Nachbesteuerung im Rahmen der Veranlagung als den richtigen Weg.

Ausdrücklich begrüßt wird in diesem Zusammenhang auch das im Merz-Papier vorgesehene elektronische Meldeverfahren aller Kapitalsammelstellen. Diese Forderung erhebt die DSTG seit langem. Dass die CDU/CSU nun damit einen wichtigen Beitrag zur Steuerehrlichkeit leisten will, wird von der DSTG positiv anerkannt.

Den Ansatz der beabsichtigten Besteuerung von Veräußerungsgewinnen im Merz-Papier hält die DSTG für richtig. Nach dem Merz-Vorschlag soll die Besteuerung realisierter Wertsteigerungen des Erwerbsvermögens auf die ab In-Kraft-Treten des Gesetzes neu entstehenden Wertsteigerungen beschränkt werden. Dies bedeutet im konkreten Einzelfall, dass der Einstandswert zum In-Kraft-Treten des Gesetzes festgestellt werden müsse. Dies wird in der Praxis Schwierigkeiten bereiten. Die bessere Lösung wäre, eine fiktive Gewinnannahme gesetzlich vorzugeben, die dann durch Nach-

weis vom Steuerbürger widerlegt werden könnte.

Die im Papier enthaltenen Positionen zur Gewerbe-, zur Grund- und zur Erbschaftsteuer finden im Prinzip die Zustimmung der DSTG. Im Detail wird allerdings darüber zu reden sein, wenn die gesetzlichen Formulierungen erfolgen. Insgesamt begrüßt die DSTG die Vorlage des Merz-Papiers als Anstoß für eine große Steuerreform. Es bleibt zu hoffen, dass politische Mehrheiten wenigstens für eine „Schnittmenge“ der verschiedenen vorliegenden Reformvorschläge gefunden werden können.

Über alle Gesetze wurde gesprochen, die in der parlamentarischen Beratung sind. Bei der vorgelegten Gewerbesteuerreform kritisiert die DSTG die auf die Finanzämter zukommende Mehrarbeit. Bei der knappen Personalausstattung brauchen die Finanzämter nicht mehr, sondern weniger Arbeit. Die Festsetzung einer Gewerbesteuer mit dem Ergebnis, sie im Großteil bei der Einkommensteuer wieder abzuführen, ist verwaltungsökonomisch unsinnig. Von daher wäre die Abschaffung der heutigen Gewerbesteuer und die Umfinanzierung durch Zuschläge auf Umsatz- und Einkommensteuer der bessere Weg gewesen.

Dissens bei Steueränderungsgesetz 2003

Zum Steueränderungsgesetz 2003 erklärte Dr. Meister, drei Punkte hinderten die CDU/CSU daran, zuzustimmen. Kritisch sehe die CDU/CSU-Fraktion die gesetzliche Verankerung der bisherigen Verwaltungsregelung zum anschaffungsnahen Aufwand. Sie hatte ebenso Bedenken hinsichtlich der obligatorisch vorgegebenen jährlichen Ausstellung einer zusammenfassenden

den Bescheinigung der inländischen Kredit- und Finanzleistungsinstitute für die Einkünfte aus Kapitalvermögen und aus privaten Veräußerungsgeschäften und sie sehe auch Probleme bei der in Teilbereichen vorgesehenen Umkehrung der Steuerschuldnerschaft bei der Umsatzsteuer. Alle drei Punkte im laufenden Gesetzgebungsverfahren werden dagegen von der DSTG begrüßt. Insbesondere können die DSTG-Vertreter den Widerstand hinsichtlich einer vereinheitlichten zusammengefassten Bescheinigung der Kapitalerträge und der privaten Veräußerungsgeschäfte nicht verstehen. Dies ist keine Kontrollmitteilung, sondern eine Hilfe für die richtige Erfassung der Kapitalerträge und der Spekulationsgewinne für die Steuerbürger selbst und eine Arbeiterleichterung für die Steuerverwaltung. Was man dagegen einwenden könne, verstanden die DSTG-Vertreter nicht, zumal im Merz-Papier sogar elektronische Mitteilungsverfahren vorgesehen sind.

MdB Dr. Meister erklärte dazu, es sei Absicht der Bundesregierung, eine Abgeltungssteuer einzuführen. Wenn die Abgeltungssteuer für Kapitalerträge und Wertzuwächse bei Wertpapierverkäufen komme, dann sei diese obligatorische Bescheinigung überflüssig. Die DSTG-Vertreter machten deutlich, dass sie von der definitiven Abgeltungssteuer gar nichts halten und es der bessere Weg sei, sich um die zutreffende Erfassung der Kapitalerträge und der verwirklichten Veräußerungsgewinne zu kümmern. Dazu wären diese Bescheinigungen der richtige Ansatz. Noch besser wären Kontrollmitteilungen, für die es aber derzeit keine politischen Mehrheiten gibt.

Familien mit Kindern brauchen Eigenheimzulage

Bei dem Haushaltbegleitgesetz 2004 betonten die DSTG-Vertre-

ter, die starke Reduzierung der Entfernungspauschale auf 0,15 Euro je Entfernungskilometer sei nicht akzeptabel. Die Fahrt zur Arbeit sei kein Privatvergnügen, sondern vielfach zwingend beruflich veranlasst. Dieser Tatsache müsse mit einer höheren Entfernungspauschale Rechnung getragen werden. Auch der Wegfall der Eigenheimzulage stelle sich für die DSTG problematisch dar. Die Eigenheimzulage war verwaltungstechnisch kein Problem. Es gab auch keinerlei Missbräuche. Wenn man aus Finanzierungsgründen einsparen

müsse, wäre der bessere Weg eine Konzentration auf Familien mit Kindern gewesen. Eine komplette Streichung von Eigenheimzulage und Wohnungsbauprämie wird dazu führen, dass sich viele Familien kein Wohneigentum mehr leisten können. Das Gespräch fand in einer offenen, vertrauensvollen Atmosphäre statt. Eine Fortsetzung wurde vereinbart. Insbesondere soll beim nächsten Gespräch die Neuregelung der Besteuerung von Renten und Pensionen diskutiert werden.

Letzte Meldung

Am 1. Dezember 2003 hat der Bundesrat dem Steueränderungsgesetz 2003 doch noch zugestimmt. Die im vorgenannten Artikel beschriebenen Bedenken der CDU/CSU wurden aufgegeben. Die Regelungen zum anschaffungsnahen Aufwand, zur obligatorisch vorgegebenen Kapitalertragsbescheinigung, zur teilweisen Umkehr der Steuerschuldnerschaft bei der Umsatzsteuer, zur elektronischen Lohnsteuerkarte und zur Begrenzung der steuerfreien Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge sind somit ab 1. Januar 2004 geltendes Recht.

DSTG-Chef Dieter Ondracek zum dbb Vize gewählt

Ein umfangreiches Arbeitsprogramm hatten die Delegierten des 21. dbb Gewerkschaftstages in Leipzig vom 13. bis 15. November 2003 zu bewältigen. In insgesamt fünf Arbeitskreisen berieten die 560 Delegierten und 349 Gastdelegierten ca. 600 Anträge und Entschlüsse, bevor das Plenum endgültig über die politische Marschrichtung des dbb in den nächsten vier Jahren entschied und abstimmte, ob ein Antrag angenommen, abgelehnt oder zu „Arbeitsmaterial“ wurde. Mit 222 Anträgen hatte der Arbeitskreis „Einkommen“ die meisten Vorlagen zu beraten, dicht gefolgt vom Arbeitskreis „Dienstrecht“ mit 178 Anträgen. Kerngedanke der ebenfalls verabschiedeten Entschlüsse zum Reformmodell 21 ist, das Beamten- und Tarifrecht des öffentlichen Dienstes grundlegend und zukunftssicher zu reformieren. Mit diesem Modell soll der Entwicklung Einhalt geboten werden, die Beschäftigungsbedingungen Stück für Stück zu verschlechtern. Die DSTG mit ihren annähernd 100 Delegierten hatte



Dieter Ondracek (rechts) gratuliert dem neuen dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen zu seinem hervorragenden Wahlergebnis.

zusammen mit dem BDZ – verbunden in der Arbeitsgemeinschaft „Finanzgewerkschaft“ – 50 Anträge beige-steuert, die bis auf wenige Ausnahmen angenommen wurden.

Mit Spannung wurden die Neuwahlen zur dbb Bundesleitung erwartet. Peter Heesen vom Deutschen Philologenverband wurde neuer dbb Bundesvorsitzender und Nachfolger von Erhard Geyer, der aus Altersgründen nicht mehr kandidierte. Bei der Wahl des stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden konnte sich DSTG-Chef Dieter Ondracek durchsetzen. Erfolg

auch für Vera Dietrich vom DSTG-Bezirksverband Westfalen-Lippe, die mit einem über-ragenden Wahlergebnis als dbb Rechnungsprüferin wiedergewählt wurde. Mit Oberfinanzpräsident Dr. Seelig, Abteilungsleiter im Hessischen Ministerium der Finanzen, Christian Adamski und Dr. Rainer Ullrich ist die DSTG im dbb Schiedsgericht vertreten, in dem Streitigkeiten der Mitgliedsgewerkschaften untereinander beigelegt werden können.

Einen ausführlichen Bericht über den dbb Gewerkschaftstag finden sie in der Heftmitte als 16-seitige Sonderbeilage.

Overbeck bleibt bei Tarifpolitik am Ruder

In zeitlichem Zusammenhang mit dem Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion tagte vom 12. bis 14. November 2003 in Leipzig die dbb tarifunion.

Über 200 Delegierte waren bei der Wahl des neuen geschäftsführenden Vorstands der dbb tarifunion stimmberechtigt.

beamtenbund und tarifunion. Kooptiertes Mitglied ist ein weiteres Mitglied der Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion.

Frank Stöhr (komba gewerkschaft), der bisherige zweite Vorsitzende, wurde mit überwältigender Mehrheit Nachfolger von Robert Dera, der zum



Helmut Overbeck

Ehrenvorsitzenden ernannt wurde.

Zweiter Vorsitzender wurde Willi Russ von der Kommunikationsgewerkschaft Deutscher Postverband (DPV KOM).

Mit rund 90 Prozent der Stimmen wurde in seinem Amt als Vorsitzender der Tarifkommission und gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der dbb tarifunion, Kollege Helmut Overbeck (stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender der Tarifkommission der Deutschen Steuer-Gewerkschaft), bestätigt.

Gewerkschaftstag für einfaches und transparentes Tarifrecht

Der Gewerkschaftstag der dbb tarifunion hat nach der Neuwahl des geschäftsführenden

Vorstandes mit der Entscheidung über mehr als 200 Anträge den tarifpolitischen Kurs der nächsten vier Jahre bestimmt.

Speziell mit dem Reformmodell 21 des dbb und den in die gleiche Richtung zielenden Grundsatzanträgen des geschäftsführenden Vorstandes zur „Modernisierung des öffentlichen Tarifrechts“, „Tarifautonomie“ und „Qualifizierung im öffentlichen Dienst“ wurden die entscheidenden Arbeitsfelder der Tarifarbeit umrissen.

Die dbb tarifunion setzt sich damit konkret für eine Modernisierung und Neugestaltung des öffentlichen Tarifrechts ein, die den Belangen von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Bürgern gleichermaßen gerecht wird. Dabei ist das Tarifrecht zu vereinfachen, um höchstmögliche Transparenz zu erreichen. Vorrangiges Ziel bleibt es, den Flächentarifvertrag innerhalb des öffentlichen Dienstes zu erhalten und Beschäftigungssicherung zu wahren.



Nahezu vollständig nahmen die Kolleginnen und Kollegen der DSTG-Tarifkommission am dbb Gewerkschaftstag 2003 teil.

Das Gremium besteht aus dem ersten und zweiten Vorsitzenden, fünf stellvertretenden Vorsitzenden sowie dem Bundesvorsitzenden des dbb

Protestdemo in Wiesbaden – „Nit gebabbelt – uffgerappelt“

Wut auf den hessischen Ministerpräsidenten, Enttäuschung über gebrochene Wahlversprechen und die Irritationen bei Urlaub, Gleittag oder Kernzeitverletzung: Das waren die Antriebskräfte für die Teilnahme an der Protestdemo in Wiesbaden, zu der der dbb Hessen seine Mitglieder aufgerufen hatte.

In allen Ortsverbänden der DSTG Hessen, in allen Finanzämtern, der OFD, dem Finanzministerium, bei den Anwärtern an den Schulen in Rotenburg, der Hessischen Bezügestelle, im ganzen Land fanden sich Gleichgesinnte in Bussen und Bahnen oder in Fahrgemeinschaften mit dem

Auto ein und machten sich auf den Weg.

Die Fahrzeiten nach Wiesbaden waren unerheblich, egal ob insgesamt sechs Stunden oder 16 Minuten: Dabei sein war alles.

Weiß-Blaues DSTG-Fahnenmeer wogte

Und so war es denn kein Wunder, dass am Sammelplatz Hauptbahnhof Wiesbaden, rund um den kleinen DSTG-Demo-Bus, ein riesiges weiß-blaues DSTG-Fahnenmeer wogte, denn mit über 2 500 Demonstranten waren die Finanzer gekommen.

Fahnen sowie die restlichen Tröten wurden den Veranstaltern aus den Händen gerissen. So konnte die Presse später schreiben, dass die Beamten „mit Nebelhörnern einen Riesenschrei veranstaltet“ haben.

Eindrucksvoll der Protestzug mit dem dbb – Landesvorsitzenden Walter Spieß (DSTG) und der DSTG-Landesvorsitzenden Anne Schauer sowie weiteren Mitgliedern der Landesleitung an der Spitze. Unübersehbar und unüberhörbar die Präsenz der Finanzer aber im Schulterchluss mit Kolleginnen und Kollegen von Polizei, Justiz und Feuerwehrleuten.

Besonders viel Dampf (durch die Tröten) wurde vor dem Finanzministerium abgelassen – ohrenbetäubend. Kein Wunder. Erklärungen brauchen wir nicht hierfür.

Auf dem Dern'schen Gelände ging es richtig zur Sache. Der dbb Landesvorsitzende **Walter Spieß** wurde in seiner Rede immer wieder von zustimmenden Pfiffen, Tröten und von einem riesigen **Sprechchor** unterbrochen: „**Koch muss weg, Koch muss weg.**“ Daher dauerte seine Rede etwas länger. Das machte aber nichts, weil eine tolle Stimmung mit einem einzigartigen Wir-Gefühl fast zum Greifen war.

„Ich glaub, mich tritt ein Pferd“

Am Ende war der Vorsitzende heiser. **Walter Spieß** hat mit voll-



er Seele uns allen aus dem Herzen gesprochen. Hier ein paar Auszüge aus seiner kämpferischen Rede:

„Ich glaub, mich tritt ein Pferd! So habe ich es empfunden, als wir auf der Pressekonferenz des hessischen Ministerpräsidenten **Roland Koch** am 2. 9. 2003 zur Kenntnis nehmen mussten

- Absenkung des Weihnachtsgeldes über jegliche Schmerzgrenze hinaus
- Gänzliche Streichung des Urlaubsgeldes ab A 9
- Einführung der 42-Stunden-Woche
- Einstellungsstopp
- Ausscheren aus der Tarifgemeinschaft
- Berufliches Ausbremsen des Tarifpersonals.

Dies alles läuft unter dem Stichwort: **Operation Sichere Zukunft**, spricht OSZ. Für uns im öffentlichen Dienst bedeutet OSZ nur

Organisierter **S**icherer **Z**usammenbruch.

„für Koch gilt nicht nur: Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern, nein, er dreht sich um 180 Grad. Er verkauft seine Kehrtwendung als mutige, entschlossene, unausweichliche Entscheidung und sich als den überlegenen Macher, zeigt sich von allen Argumenten und Protesten unbeeindruckt und lässt sich im Kreise seiner Getreuen auch noch als den „eisernen Roland“

feiern. Wir werfen ihm nicht nur Wortbruch vor, wir werfen ihm vor allem das Übermaß vor, mit dem er uns mit Sparmaßnahmen und verordneter Mehrarbeit, die an die Substanz geht, überzieht.

Jetzt soll mit einem Federstrich die Wochenarbeitszeit unter Gehaltseinbußen auf die Rekordmarke von 42 Stunden hochgeschraubt werden.

„Wir lassen uns auch nicht länger mit dem Argument „sicherer Arbeitsplatz“ abpeisen. Jahrelang werden uns unter dieser Überschrift ständig „Sonderopfer“ abverlangt. Der öffentliche Dienst hinkte schon vor dieser nun drohenden Abzocke um mehr als 14 % hinter den Erwerbseinkommen in der freien Wirtschaft zurück.

„Wir bluten gerade im Beamtenbereich durch nicht erfolgte oder verzögerte Besoldungsanpassungen. Ständig dreht man durch Versorgungsabschläge und Niveauabsenkungen an unserer Altersversorgung. All dies wird und wurde uns unter der Überschrift „sicherer Arbeitsplatz“ stammtischwirksam verkauft.

Wir können das nicht mehr hören – es hängt uns zum Halse heraus.

„Allein in Hessen fehlen mehr als 1 000 Leute in den Finanzämtern. Leute, die sich nicht nur selbst finanzieren, sondern tatkräftig am Abbau des Staatsdefizits mithelfen könnten. Wenn überall in Deutschland die Steu-

erquellen besser sprudeln, hat sich auch die Sache mit dem Finanzausgleich geregelt. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

„Wie wäre es denn, statt die Hoheitsverwaltung in einer betriebswirtschaftlich ausgerichteten, sauteuren SAP-Welt abbilden zu wollen und hierzu die ohnehin zu erbringenden Verwaltungsleistungen über einen wesensfremden Produktkatalog umzudefinieren, sich auf die Kernaufgaben zu besinnen.

„Auch ein Politiker sollte an den Satz denken: **„Bei allem, was du tust, bedenke das Ende.“** Wir, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, Beamte, Angestellte und Arbeiter werden genau beobachten, wie man mit uns umgeht.

„Danksagung“ der DSTG

Die Kolleginnen und Kollegen des DSTG- Ortsverbandes Groß – Gerau sorgten mit ihren auf der Rednertribüne vorgetragenen Dankeswünschen bei der Kundgebung – oft durch Beifall unterbrochen – für ein weiteres Highlight:

DANKE HERR MINISTERPRÄSIDENT:

- dafür, dass Sie mit gutem Beispiel vorangehen. Sie setzen Ihre Diätenerhöhungen bis 2005 nur aus, der öffentliche

Dienst bekommt auf Dauer Weihnachtsgeld gekürzt und Urlaubsgeld gestrichen. Gott sei Dank gibt es da keinen Unterschied;

- dafür, dass Sie uns zeigen, was Loyalität ist. Mit Ihrer Glaubwürdigkeit geben Sie uns ein leuchtendes Beispiel;
 - dafür, dass der lästige jährliche Streit um das Urlaubsziel entfällt;
 - dafür, dass die Einführung von SAP der Streichung nicht zum Opfer fällt. Somit können wir weiterhin wertvolle Personen für die Umstellung zur Verfügung stellen;
 - dafür, dass Sie mit der Stundenerhöhung den Eindruck erwecken, die Steuererklärungen werden schneller bearbeitet. Bei weniger Personal – kein Problem;
 - dafür, dass die Männer pünktlich ihr Essen bekommen. Dadurch, dass Betreuungsangebote unbezahlbar werden, können die Frauen sich wenigstens richtig um die Familie kümmern und gleich ganz zu Hause bleiben;
 - dafür, dass Tarifangehörige keinen höherwertigen Dienstposten mehr bekommen dürfen. Das höhere Gehalt hierfür würden sie auch nur ausgeben.
- (Ein ehrliches) Danke, DSTG – Ortsverband Groß-Gerau.**

DSTG entwickelt Eckpunkte für Fortbildungskonzept

Am 17. November 2003 hielt der Bildungsausschuss seine zweite Sitzung des Jahres turnusgemäß in der DSTG-Bundesgeschäftsstelle in Berlin ab. Der Ausschussvorsitzende Hans-Werner Kaldenhoff konnte den Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek sowie den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler und die weiteren Ausschussmitglieder, die Kollegin Helene Wildfeuer (bfg BV Nordbayern), Christina Köhler (DSTG-Jugend) sowie die Kolle-

gen Hans Günter Altenkirch (DSTG-LV Hessen) und Josef Fromme (Referat Aus- und Fortbildung Finanzbehörde FHH), begrüßen. Nach einem ausführlichen Informationsaustausch über den Sachstand zur Entwicklung bundesweit einheitlicher Fortbildungsmaßstäbe befasste sich der Ausschuss mit den Eckpunkten der Steuerbeamtenausbildung und ihrer Praxistauglichkeit. Das Gremium kam überein, dass die Ausbildung anhand der prakti-



Träumerei über angeblich heile Welt an der Steuerfront

Dieser Tage stand beim Bundesverfassungsgericht in einer öffentlichen Anhörung die Praxis der Besteuerung von Wertpapierveräußerungsgewinnen zur Debatte. Die Schönrede der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks war dabei erschreckend. Nach ihrer Einlassung ist die Welt an der Steuerfront heil und in Ordnung. Offenbar ist Frau Dr. Hendricks weit von der Realität entfernt. Die Bundesregierung sieht sich in ihrer Ansicht bestärkt, dass ein strukturelles Vollzugsdefizit im Bezug auf die Besteuerung von privaten Wertpapierveräußerungsgewinnen nicht besteht, schreibt sie in einer Pressemitteilung. Wir fragen uns, wann sie zuletzt in einem Finanzamt war. Weiter steht in der Presseerklärung zu lesen: „Die Finanzverwaltung ist mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln sehr wohl in der Lage, den Verifikationsauftrag aus

dem Zinsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1991 nachzukommen.“ In welchem Finanzamt die Welt so heil ist, verrät sie allerdings nicht. Weiter ist zu lesen „Dies ist allerdings mit einem hohen Personaleinsatz verbunden, der auch darauf zurückzuführen ist, dass die Finanzgerichtsbarkeit noch nicht zu einer einheitlichen Auslegung des § 30 a AO gelangt ist“. Damit kommt sie der Realität schon etwas näher. Denn dieser hohe Personaleinsatz kann nicht erbracht werden, weil er in keinem Finanzamt vorhanden ist. Wer sich selbst belügt, will die Realität nicht wahrnehmen. Die Frage muss gestellt werden, warum die Bundesregierung gerade in diesem Punkt Steuerhinterziehung tolerieren will. Alle Bemühungen, die Einnahmen zu stabilisieren, werden durch eine solche Haltung ins Zwielicht gebracht.



Der Bildungsausschuss (von links): Fromme, Kaldenhoff, Köhler, Wildfeuer, Altenkirch und Eigenthaler.

schen Gegebenheiten ausgerichtet bzw. angepasst werden müsse. Neben der Schulung des materiellen Steuerrechtes sei mehr denn je die Aneignung des „Blickes für das Wesentliche“ notwendig, damit die jungen Steueranwärterinnen und Steueranwärter nach bestandener Laufbahnprüfung im Alltag nicht überfordert werden. Die praktische Handhabung steuerrechtlicher Fallgestaltungen müsse in Ausbildung und Prüfung mehr Gewicht erhalten, um die theoretische Ausbildung möglichst effektiv zu untermauern.

In einem ersten Erfahrungsbericht nach der Novellierung des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes (StBAG) sowie der Steuerbeamten-Ausbildungs- und Prüfungsordnung (StBAPO) zog der Ausschuss das Fazit, dass die neuen Möglichkeiten noch nicht genügend genutzt werden.

Intensiv beschäftigte sich der Bildungsausschuss mit dem im

Juni 2003 auf dem 15. Steuer-Gewerkschaftstag angenommenen Leitantrag zur Aus- und Fortbildung in der Steuerverwaltung. Erarbeitet werden soll ein Konzept zu den Eckpunkten einer effektiven und breit angelegten Fortbildung, welche flexibel und inhaltlich differenziert an den jeweiligen Arbeitsplätzen in der Steuerverwaltung ausgerichtet ist.

Der Bildungsausschuss stimmt überein, die Veränderungen im Steuerrecht, im Besteuerungsverfahren und in der Verwaltungsorganisation und -technik seien so gravierend, dass das Fortbildungsangebot, aber auch die Fortbildungsweise diesen veränderten Anforderungen dringend angepasst werden müssen.

Im Detail wird über die Eckpunkte des Fortbildungskonzeptes der DSTG in einer der nächsten Ausgaben des Magazins berichtet.



Frohe Weihnachten und besinnliche, ruhige Festtage wünscht die DSTG allen Leserinnen und Lesern unseres Magazins. Für das Jahr 2004 wünschen wir Ihnen Gesundheit, Glück, Erfolg und ein wenig Ruhe an der „Steuerfront“.

Frieden und persönliches Wohlergehen ist unser aller Hoffnung.

Im Rahmen ihrer Landeshauptversammlung besuchte die DSTG Brandenburg auch die DSTG-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Bundesgeschäftsführer Rafael Zender, der diesem Landesverband angehört, erläuterte Organisation und Arbeits-



weise der Bundesgeschäftsstelle. Die aktuellen Entwicklungen in der Steuergesetzgebung, der Organisation der Finanzverwaltungen sowie des Dienstrechts bildeten eine gute Grundlage für die sich anschließende, sehr lebhaft geführte Diskussion.

Geburtstagsempfang in Berlin

Der 60. Geburtstag des DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek führte am 26. November 2003 viele Vertreter aus Politik, Verwaltung, Presse, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden im dbb forum in Berlin zusammen.

Der Jubilar konnte neben Bundesfinanzminister Hans Eichel prominente Politiker wie Jörg-Otto Spiller, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Finanzen der SPD-Fraktion, Dr. Michael



Bundesfinanzminister Hans Eichel, der finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Michael Meister und Staatssekretär Volker Halsch (rechtes Bild) gratulierten Dieter Ondracek.

sche Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Fritz-Rudolf Körper. Die Oberfinanzpräsidenten Dr. Fritz-Helmut Karraß (OFD Erfurt), Albrecht Pfister (OFD Frankfurt), Dieter Riempp (OFD Stuttgart), Karl Rolfes (OFD Rostock), Dr. Horst Seelig (OFD Nürnberg), Peter Skrodzki (OFD Berlin), Klaus Staschik (OFD Chemnitz), Erhard Stollberg (OFD Magdeburg), Dr. Manfred Walz (OFD Karlsruhe) sowie Finanzpräsident Gero Weber (OFD Chem-



Als dienstältestes Mitglied der Bundesleitung hielt Kollegin Anne Schauer die Laudatio auf den Jubilar.



Neben dem Finanz- war auch das Innenministerium hochkarätig vertreten: Parlamentarischer Staatssekretär Fritz-Rudolf Körper im Gespräch mit Dieter Ondracek



Für die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag gratulierte deren Obmann im Bundestagsfinanzausschuss Prof. Dr. Andreas Pinkwart.

nitz), die Vizepräsidentin des Bundesamtes für Finanzen Gabriele Hahn und Ministerialrat Gerhard Sennlaub vom Bundsratsfinanzausschuss waren unter den Gratulanten in Berlin. An dem Empfang des Bundesvorsitzenden nahmen der in Leipzig neu gewählte Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Peter Heesen, der erste Vorsitzende der dbb tarifunion, Frank Stöhr, die stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Heinz Ossenkamp, Klaus Dauderstädt, Willi Russ sowie die Ehrenvorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion Erhard Geyer und Werner Hagedorn sowie der DSTG-Ehrenvorsitzende Hermann Fredersdorf teil.



Meister, finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Obmann der FDP-Fraktion im Bundestagsfinanzausschuss, sowie die Bundestagsmitglieder Antje Blumenthal (CDU), Hannelore Roedel (CSU) und Jochen Welt (SPD) begrüßen. Ihre Glückwünsche überbrachten der Staatssekretär des Bundesministeriums der Finanzen, Volker Halsch, und der parlamentari-

Herzlich begrüßen konnte Ondracek neben weiteren namhaften gewerkschaftlichen Vertretern den UFE-Vizepräsident Nico Goor, den Vorstandsvorsit-



Die Bundestagsabgeordneten und DSTG-Mitglieder Antje Blumenthal, Hannelore Roedel (oberes Bild) und Jochen Welt (rechtes Bild) waren ebenfalls mit von der Partie.



Der Vorstandsvorsitzende der BHW Holding AG Reinhard Wagner, dbb Bundesgeschäftsführer Gerd Eßer und BTA-Geschäftsführer Jürgen Marchand im Gespräch.



Der Sprecher der Arbeitsgruppe Finanzen der SPD-Fraktion im Bundestag, Jörg-Otto Spiller, überbrachte die Glückwünsche der SPD-Fraktion.

zenden der BHW Holding AG, Herrn Reinhard Wagner, den Finanzvorstand Hennig R. Engmann und das Vorstandsmitglied Jens Bauer. Von den Steuerberatern waren der Vizepräsident der Bundessteuerberaterkammer Manfred Dehler, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Steuerberaterverbandes Prof. Dr. Axel Pestke und die Geschäftsführerin der Steuerberaterkammer Schmidt-Keßeler gekommen. Zahlreich waren die Mitglieder des dbb Bundesvorstandes und des DSTG-Bundesvorstandes erschienen.

Ein Freund offener Worte

In ihrer Begrüßungsrede zeichnete die stellvertretende Bundesvorsitzende, Anne Schauer, den Lebensweg des Bundesvorsitzenden nach und stellte dessen gesellschaftliches und gewerkschaftliches Engagement heraus. Neben seinem gewerkschaftlichen Engagement in der DSTG, das Anfang der siebziger Jahre begann, sei vor allem die Arbeit im bayerischen Roten

Kreuz seit frühester Jugend hervorzuheben. Die Grundsätze des Deutschen Roten Kreuzes – Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit – habe Ondracek auch in die gewerkschaftliche Arbeit hineingetragen, sodass diese zum Grundverständnis der DSTG geworden seien. Der Bundesvorsitzende, ein Mann der klaren Worte, lege den Finger immer dort in die Wunde, wo es notwendig sei. Dies reiche von unsinnigen Gesetzesvorhaben,

die von den Kolleginnen und Kollegen vor Ort nicht umgesetzt werden könnten, über die Forderung zur Aufhebung des Bankengeheimnisses bis zur freimütigen Kritik, wenn sich Einkommensmillionäre durch Wohnsitzverlagerung ins Ausland vor dem Steuerzahlen drücken. Wegen seines gewerkschaftlichen Einsatzes sei er jetzt konsequenterweise zum stellv. Bundesvorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion gewählt worden. Anne Schauer dankte dem Jubi-

lar für seinen gewerkschaftlichen Einsatz und wünschte ihm im Namen der Anwesenden für die zukünftige Arbeit alles Gute.

Gemeinsam gegen Steuerkriminalität

Bundesfinanzminister Eichel wies in seinen Gratulationsworten auf die gute Zusammenarbeit mit der DSTG hin und machte deutlich, dass sich viele Positionen seines Hauses mit

denen der DSTG decken würden. So trete auch er für eine breite und zielgenaue Bekämpfung von Steuerkriminalität und Schattenwirtschaft sowie Umsatzsteuerbetrug ein. Die DSTG unter ihrem Bundesvorsitzenden habe er als unabhängigen Sachwalter für ein einfacheres und gerechtes Steuersystem kennen und schätzen gelernt. Nach der Erläuterung aktueller steuergesetzlicher Vorhaben sowie der derzeitigen Diskussi-

on zum Stabilitäts- und Wachstumspakt machte Eichel seinen Einsatz für eine Bundessteuerverwaltung deutlich und wünschte für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit sowie dem Jubilar viel Kraft und alles Gute.

Der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Peter Heesen, zeigte sich nach der Enttäuschung über das Fernbleiben der politischen Prominenz beim dbb Gewerk-

schaftstag in Leipzig hoch erfreut über die zahlreich anwesenden Politikerinnen und Politiker. Heesen dankte für die enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen dbb und DSTG.

Der Bundesvorsitzende dankte nochmals herzlich allen Anwesenden für ihre Glückwünsche und erläuterte, dass die Veranstaltung ein Forum für Diskussionen, Kontakt- und Erfahrungsaustausch bieten solle.

Neue Rentenbesteuerung mit erheblichen Mängeln

Das Bundesministerium der Finanzen hat den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz) vorgelegt.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Urteil vom 6. März 2002 entschieden, dass die unterschiedliche Besteuerung der Beamtenpensionen nach § 19 EStG und der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a EStG mit dem Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz unvereinbar ist. Das Gericht verpflichtete den Gesetzgeber, spätestens mit Wirkung ab 1. Januar 2005 eine verfassungskonforme Neuregelung zu treffen. Der vorgelegte Gesetzentwurf soll den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts erfüllen. Dabei soll eine steuerrechtssystematisch schlüssige und folgerichtige Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen erreicht werden, die in die Konsolidierungspolitik eingebettet, gesamtwirtschaftlich und sozial tragfähig ist und unter Nutzung generalisierender, typisierender und pauschalierender Regelungen sowohl der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen als auch der Notwendigkeit einfacher

und praktikabler Anwendung Rechnung trägt.

Im Groben sieht der Referentenentwurf die grundlegende Umgestaltung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen vor. Als tragendes Element der Neuordnung wird auch bei Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen die so genannte nachgelagerte Besteuerung eingeführt. Konkret bedeutet dies, dass ab 2005 schrittweise bis 2025 Beiträge zur Altersvorsorge steuerfrei gestellt werden, im Gegenzug die Renten in Schritten bis 2040 voll besteuert werden.

Haushaltsrisiken und Zweifachbesteuerung vermeiden

Diese Lösung soll die gleichmäßige, verfassungskonforme und generationsadäquate Besteuerung während und nach der Erwerbsphase sichern. Durch eine langfristige Übergangsregelung würden untragbare Haushaltsrisiken vermieden und gleichzeitig würde eine Zweifachbesteuerung weitgehend ausgeschlossen werden. Der Referentenentwurf sieht Änderungen bei der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge („Riester-Rente“) vor. Ein vereinfachtes Antragsverfahren (Dau-

erzulageantrag) soll eingeführt werden. Durch eine Datenabfrage bei dem zuständigen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung kann die zentrale Stelle die beitragspflichtigen Einnahmen selbst ermitteln, sodass in der Regel entsprechende Angaben im Zulageantrag künftig entfallen können und sollen.

Auch im Bereich der kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung soll langfristig in allen fünf Durchführungswegen zur nachgelagerten Besteuerung übergegangen werden.

Nach Ablauf der Übergangsphase für die Besteuerung (im Jahr 2040) sollen Beamtenpensionen, Werkspensionen und Renten einkommensteuerrechtlich gleichbehandelt werden. Um dies zu erreichen, sollen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts im Hinblick auf den gleichmäßigen Abbau bestehender altersspezifischer Vergünstigungen aufgegriffen werden. Dazu sei es erforderlich, den Versorgungsfreibetrag für Beamten- und Werkspensionen sowie den Altersentlastungsbetrag für übrige Einkünfte abzuschaffen. Dies geschieht im Referentenentwurf schrittweise für jeden ab 2006 neu in Ruhestand tretenden Jahrgang. Die Freibeträge sollen in dem Maße verringert werden, in dem die Besteuerungsanteile der Leibrenten erhöht werden. Diese Beträge werden für jeden Jahrgang festgeschrieben. Daneben soll bei Beziehern von Beamten- und Werkspensionen der Arbeitneh-

merpauschbetrag (1 044 Euro) an den Werbungskosten-Pauschbetrag angepasst werden, der den Rentenbeziehern zusteht (102 Euro). Zur Vermeidung eines sprunghaften Anstiegs des steuerpflichtigen Teils, insbesondere bei niedrigen Versorgungsbezügen, wird als Ausgleich dem Versorgungsfreibetrag ein entsprechender Zuschlag hinzugerechnet, der dann ebenfalls gleichmäßig für jeden ab 2006 neu in Ruhestand tretenden Jahrgang abgeschmolzen wird. Nach Ablauf der Übergangsphase sind dann die Besteuerungsunterschiede, die im geltenden Recht zwischen Renten und Pensionen und den Einkünften der aktiv Erwerbstätigen bestehen, beseitigt, so der allgemeine Teil der Begründung des Referentenentwurfs.

Ondracek: Gesetz praktisch nicht umsetzbar

Am 18. November 2003 fand im Bundesministerium der Finanzen die Expertenanhörung zu diesem Referentenentwurf statt, bei der die DSTG durch DSTG-Chef Dieter Ondracek und Bundesgeschäftsführer Rafael Zender vertreten war.

In seinen Statements wies DSTG-Chef Dieter Ondracek, wie dies im Übrigen auch von anderen Experten bestätigt wird, darauf hin, dass der Wechsel zur nachgelagerten Besteuerung durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil nicht zwingend vorgegeben sei. Die Ungleichheit der Besteuerung bei Beamtenpensionen und Renten könne auch dadurch beseitigt werden, dass der Versorgungsfreibetrag im notwendigen Maß erhöht werde, um faktisch für die Beamtenpensionen eine gleichniedrige Besteuerung wie bei den Renten zu erreichen, bei denen nur ein sogenannter „Ertragsanteil“ besteuert wird.

„Bei der Erstellung des Entwurfs hat man an fast alles gedacht, nur nicht an die Umsetzbarkeit“, so DSTG-Chef Dieter Ondracek weiter. Der Gesetzentwurf stehe wegen seiner Kompliziertheit und der fehlenden praktischen Umsetzbarkeit im Gegensatz zu den im politischen Raum festzustellenden Bestrebungen für ein einfaches, schlankes Steuerrecht. Plastisch legte Ondracek an zwei fiktiven Steuerbescheiden für das Jahr 2005 und das Jahr 2010 dar, dass der Arbeitnehmer aufgrund der Günstigerprüfungen für ein richtiges Ergebnis bei Berechnung ohne PC jeweils mindestens einen halben Tag benötige.

In den Mittelpunkt rücke auch die Frage, wie und ob ein solches Gesetz programmierbar sei. Die Steuerverwaltungen hätten kaum Programmierkapazitäten, die notwendigen Programmierarbeiten bis zum Jahr 2005 zu leisten, so Ondracek.

Benachteiligung der Pensionäre bleibt vorerst

Hinsichtlich einer langen Übergangsfrist von 35 Jahren wies

die DSTG zum einen darauf hin, dass die Benachteiligung der Pensionsempfänger weiterhin bestehen bleibe, zum anderen das Steuerrecht für die nächsten 35 Jahre nicht einfacher,

sondern weiter verkompliziert werde. Es sei nicht systemgerecht, dass der Besteuerungsanteil der Renten ab dem Jahr 2005 mit 50 Prozent beginnen soll und bei der Pen-

sionsbesteuerung keine Konsequenzen gezogen werden. Zum Ausgleich der dann im Vergleich zu den Renten auch weiterhin übermäßigen Besteuerung von Pensionen muss nach Ansicht der Deutschen Steuer-Gewerkschaft ein Versorgungsfreibetrag geschaffen werden, der ohne betragsmäßige Deckelung und somit im Regelfall zu weitaus höheren Steuerfreistellungen führen müsste, als der derzeit auf 40 Prozent festgelegte, aber auf maximal 3 072 Euro beschränkte Versorgungsfreibetrag. Ondracek forderte deshalb, den Versorgungsfreibetrag auf mindestens 7 000 Euro anzuheben, bis die ungleiche Behandlung bei der Pensionsbesteuerung aufgehoben ist. Ansonsten werden die meisten Versorgungsempfänger gegenüber den Beziehern von Altersrenten weiterhin langfristig benachteiligt, sodass dem Verfassungsgerichtsurteil nicht entsprochen werde.

Die DSTG wies auf den deutlichen Anstieg der Fallzahlen in den Finanzämtern durch die „Rentnerfälle“ hin.

Ohne Kontrollmitteilung wackelt das System

Die im § 22 a EStG vorgesehenen Rentenbezugsmitteilungen an eine zentrale Stelle unterstützte Ondracek nachdrücklich. Diese Vorschrift sei für ein

Funktionieren der Besteuerung unabdingbar. Die Kontrollmitteilung sei notwendig und Grundlage für die Verifizierung. Wenn diese Kontrollmitteilung nicht eingeführt würde, wie dies von interessierter Seite gefordert wird, „wackele“ das ganze Verfahren.

Abschließend wies Ondracek darauf hin, dass auch eine Regelung für die Rentner gefunden werden müsse, die ihren Wohnsitz bei Rentenbezug ins Ausland verlegt hätten. Hier fehle eine Zuständigkeitsregelung für die Rentner, z. B. auf Mallorca, da das Wohnsitz-Finanzamt nicht existiere und ein Vermögensfinanzamt ebenfalls oftmals fehle.

Das BMF sagte eine eingehende Prüfung der Verbesserungs- und Änderungsvorschläge zu, insbesondere wolle man prüfen, ob auf die Günstigerprüfungen, durch die es zu erheblichen Verkomplizierungen kommt, verzichtet werden könne.

Der weitere Verfahrensablauf beim Alterseinkünftegesetz wird sich so gestalten, dass nach einer Überarbeitung des Referentenentwurfs dieser am 3. Dezember im Kabinett behandelt und anschließend in den Bundestag eingebracht wird. In der ersten Lesung wird der Entwurf an den Bundestagsfinanzsausschuss überwiesen, wo die DSTG dann bei der Expertenanhörung nochmals ihre Vorstellungen zum Alterseinkünftegesetz einbringen wird.



Der Ortsverband Regensburg zu Besuch in der DSTG-Bundesgeschäftsstelle.

Leserstimme zu „Goethe im Finanzdienst“

„Viele Finanzbeamte sind sich nicht bewusst, den großen Dichter und universellen Denker Johann Wolfgang von Goethe in ihren Reihen zu haben. Als „Behördenleiter“ der Weimarer Finanzkammer, den in dieser Funktion verfolgten Maximen, nachgewiesenen Leistungen und erzielten Erfolgen ist uns Goethe noch heute ein leuchtendes Vorbild. Daher wird er im Steuermuseum mit Büste und steuerlichem Wirken besonders gewürdigt. Bemerkenswert ist, wie konsequent er sich gegen die herkömmlichen steuerlichen Standesprivilegien richtete und zum Vorreiter einer am Postulat der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit orientierten Gerechtigkeitsbesteuerung machte. Das reich bebil-

derte, informative, fachkundig zusammengestellte und kommentierte, flüssig zu lesende Büchlein stellt uns einen vielen Menschen bisher unbekanntem Goethe vor und gibt Anreize, sich schon in der Ausbildung mit der Steuergeschichte zu befassen und daraus Lehren für die Steuerpolitik und die Entwicklung unseres Steuerrechts zu ziehen. Dazu kann auf die Finanzgeschichtliche Sammlung (Steuermuseum, Historische Bibliothek und steuerhistorisches Archiv der Bundesfinanzakademie) zurückgegriffen werden (Näheres im Internet unter der Homepage www.bundesfinanzakademie.de).“

Dr. Detlef Roland,
Präsident der Bundesfinanzakademie im Bundesministerium der Finanzen

Goethe im Finanzdienst

Das Weihnachtsgeschenk nur noch bis zum 31. Dezember 2003 zum Subskriptionspreis von 10,- € (zzgl. Versandkosten)

Bestellungen:

- telefonisch: 0 30/20 62 56-650
- per Telefax: 0 30/20 62 56-601
- per E-Mail: stgv@dstg-verlag.de



Bestellung Goethe im Finanzdienst

I. Subskriptionspreis

Hiermit bestelle ich zum Subskriptionspreis (bis 31. 12. 2003)

_____ Expl. zum Preis von 10,- €/Expl. zzgl. Versandkosten

II. Normalpreis

Hiermit bestelle ich zum Normalpreis (ab 1. 1. 2004)

_____ Expl. zum Preis von 15,- €/Expl. zzgl. Versandkosten

(Unterschrift)

Tauschcke

IStAI`in (m. D.) aus Hessen (OFD Frankfurt) sucht aus fam. Gründen dringend Tauschpartner/in aus Niedersachsen (OFD Hannover) – bevorzugt FA Stade/Zeven. Ein Versetzungsantrag wurde bereits gestellt – evtl. auch Ringtausch. Kontakt Tel. (d. 0 69 / 25 45 20 38; **E-Mail: Minkath@web.de**

● Sts`in mittlerer Dienst (A 6) aus dem Finanzamtsbereich der OFD Cottbus/BRB, FA Potsdam-Land, sucht aus privaten Gründen dringend einen Tauschpartner aus dem Finanzamtsbereich OFD Chemnitz/Sachsen (bevorzugte FÄ Riesa, Meißen, Döbeln, Oschatz oder Grimma), **anke.d.schmidt@gmx.de**

● Steuersekretärin/in gesucht, der/die aus dem Freistaat Sachsen in eines der nachfolgenden Bundesländer wechseln möchte: Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Baden-Württemberg, Bayern. Wir versuchen, einen Ringtausch zu organisieren. Tel.: 0 45 41 / 88 21 36.

● Steuerinspektorin A 9 aus NRW, FA Brühl (OFD Düsseldorf) sucht dringend aus privaten Gründen Tauschpartner/in aus Bayern (OFD Nürnberg oder OFD München). Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Wunschfinanzamt ist Regensburg. Tel.: 01 73/410 50 58; E-Mail: **Petra.Scheuren@FA-5224.fin-nrw.de**

● Steueroberinspektorin aus NRW (OFD Düsseldorf) sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner/in aus Niedersachsen (OFD Hannover). Der Versetzungsantrag ist bereits gesellt. Tel.: 01 76 / 21 00 60 94.

● StOS`in aus NRW (OFD Münster – FA Siegen) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Düsseldorf (Köln). Bevorzugte Finanzämter sind Bonn Innen- oder Außenstadt, Siegburg, St. Augustin, Tel.: 02 71/48 90 440

● Steuerobersekretärin A 7 sucht dringend aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in, welche/r aus dem Geschäftsbereich Berlin in den Geschäftsbereich NRW wechseln möchte. Die Stelle in NRW wäre ab Oktober 2003 frei, da ich mich zzt. im Erziehungsurlaub befinde. Bei Interesse bitte unter 03 30 56/278 66 melden.

● Welcher A 9er möchte aus dem Bereich der OFD Chemnitz in den Bereich der OFD Köln oder nach Niedersachsen wechseln? Bitte meldet euch dringend unter Tel.: 01 71/99 75 888 oder E-Mail: **regeena@gmx.de**

StAM Hessen sucht Tauschpartner aus Baden-Württemberg (OFD Karlsruhe). E-Mail: **Jasmin.Weidner@schroff.de**, Tel. 01 72/72 831 43.

● Welcher A 9er aus Rheinland-Pfalz möchte in den Bereich OFD Köln wechseln? Bitte meldet euch dringend unter Tel.: 01 73/5 42 63 72 oder E-Mail an: **Patricia.Malcherek@mediatec.biz**